

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: H. Bebel, Petersstraße 18, F. Fehle, Emilienstraße 2.

Abonnementpreis
für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Mgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Mgr. per Quartal.
Agent für London & Auswärtig Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8 Little Newport Street, Leicester Square, W. C.
Filialabonnent für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Zur Beachtung.

Briefe an die Redaktion bitten wir einfach, ohne Nennung eines Namens, zu adressiren: An die Redaktion des Volksstaat, Peterssteinweg 13. Leipzig. Kochmals sei bemerkt, daß die Samstagsnummer schon am Donnerstag Abend, und die Mittwochsnummer schon am Montag Abend gedruckt wird. Namentlich möge man dies bei Annoncen berücksichtigen, und bitten wir, damit kein Zeitverlust erwache, dieselben stets direkt an die Redaktion zu adressiren.

An die Parteigenossen.

Die überaus unpolitische und schwache Entrichtung der Parteibeiträge veranlaßt mich, an alle Parteigenossen, insbesondere an die Vertrauensmänner, hiermit die dringende Aufforderung zu richten, ihren Pflichten gegen die Parteikasse baldigst nachzukommen. Die meisten Orte haben in diesem Jahre leider noch gar keine Steuern entrichtet, was wir nur mit größtem Bedauern kundgeben müssen. Soll unsere Partei nicht auf halbem Wege stehen bleiben oder gar rückwärts gehen, — was nicht geschehen darf, noch Jemand wünschen wird — so ist es die erste und letzte Pflicht aller Parteigenossen, vor Allem jederzeit die Steuern pünktlich zu entrichten.

Der provisorische Ausschuß hat bisher die größte Nachsicht geübt; da aber nunmehr die Geschäfte wieder in das alte Gleis gekommen sind, so wird der provisorische Ausschuß von jetzt ab mit nachdrücklicher Strenge und Energie die Säumnigen anhalten, ihre Pflichten zu erfüllen und unnachlässiglich mit der Veröffentlichung der betreffenden, nicht zahlenden oder unpünktlich zahlenden Orte vorgehen. Es muß endlich wieder Ordnung in die Kassengeschäfte gebracht werden, sonst ist ein gedeihlicher Fortgang nicht möglich und kommen wir unsern Zielen niemals näher, denn die Pflichten und Forderungen, welche der Ausschuß noch zu erfüllen hat, übersteigen um das Behaltene die Mittel, welche ihm bis dato zur Verfügung gestellt worden sind.

Ich spreche zum Schluß die Erwartung aus, daß allort das Versäumte umgehend nachgeholt wird, und den Wunsch, daß die strengen Maßnahmen nicht erst in Anwendung gebracht werden müssen.

Den Freunden unserer Sache glaube ich aber noch den dringenden Wunsch aussprechen zu dürfen, uns durch freiwillige Beiträge unterstützen zu wollen; lasse man in diesem großen ungleichen Kampf nicht den ärmsten Arbeiter die Sorgen und Pflichten allein tragen, sondern wolle es sich ein Jeder zur Pflicht machen, uns nicht bloß seine Sympathien zu schenken, sondern uns auch materielle Unterstützung zukommen zu lassen; — oder sollen es immer und ewig die Ärmsten der Armen sein, auf deren Schultern Alles allein ruht, die für die gute Sache die höchsten Opfer bringen und sich die größten Entbehrungen auferlegen?

Wäge der hier ausgesprochene Appell nicht resultatlos verhallen, sondern ein Jeder, der mit Liebe, Ueberzeugung und Treue Anhänger unserer Sache oder direktes Parteimitglied ist, den kundgegebenen Wünschen entsprechen: dauernd mit vollster Thätigkeit und Opferwilligkeit unsere Ideen zu fördern suchen. Mit sozialdemokratischem Gruß

Leipzig, d. 15. Mai 1871. Theodor Burckhardt, prov. Parteiführer, Johannistorgasse 6—8. E. III.

Politische Ueberricht.

Am Dienstag (16. d.) fiel in Paris die Vendôme-Säule, und das Standbild „des größten Kriegshelden der Neuzeit“ liegt jetzt auf einem Düngerhaufen. Auf den Mist gehört es, und auf den Mist mit allen ähnlichen Denkmälern der Menschenmeggerei und Menschenschinderei!

Die Versailleser Ordnungsbanditen stehen auf dem alten Fleck. Das Fort Issy, dessen Einnahme sie meldeten, ist von den Truppen der Kommune geräumt worden, weil es in Trümmer geschossen war, aber dahinter aufgeführte Erdwerke versehen genau dieselben Dienste und hindern die Besetzung des Forts durch die Feinde.

„Der Zukunft frohliche Kavallerie wird in dem Dome haufen.“ Was Heine vor 25 Jahren dem Kölner Dom prophezeit, ist an den Pariser Kirchen in Erfüllung gegangen, nur etwas reinlicher und praktischer. Nicht in mistrostende Pferdehülle und Kasernen sind sie verwandelt worden, sondern in Klub- und Unterrichtshäuser, wo die neue Religion vom „Himmelreich auf Erden“ gelehrt wird, und nur der Klang der Orgel, welche zu Anfang und Schluß der Vorträge und Sitzungen die Marschmusik und andre Revolutionshymnen spielt, den für solche Eindrücke empfänglichen noch an „das alte Entfaltungslid“ erinnert, an „das Hetaopoeia vom Himmel.“

Und auch in den alten, regulären Unterrichtshäusern wird tüchtig aufgeräumt, wie folgende Bekanntmachung zeigt, welche die Kommune schon erlassen hat: „Der Religionsunterricht wird aus den pariser Schulen bald verschwunden sein. Lehrer und Lehrerinnen werden alle Kreuzkrieger, Madonnen und andere Symbole, deren Ausstellung eine Verletzung der Gewissensfreiheit ist, wegzuräumen haben. Alle religiösen Gegenstände in edlem Metall müssen in die Münze geschickt werden.“ Die Kommune hat ausdrücklich ihren Beitritt zu der Genfer Internationalen Konvention (Märzregeln zum Schutz der

Berwundeten etc.) erklärt, und damit den Versaillesern den letzten Vorwand für ihre Scheupflichten entzogen. In dem letzten, von Groussier unterzeichneten Aktensstück heißt es: „Die Kommune hat bisher mehr gethan, als die Genfer Konvention vorschreibt — sie hat gewissenhaft alle Befehle der Menschlichkeit beobachtet und das Angesichts der grausamsten Handlungen, der blutigsten Verletzungen der Humanität wie der modernen Rechtsbegriffe, angesichts unserer auf dem Schlachtfeld ermordeten Bewundeten, unserer bombardirten Hospitäler, unserer mit Kugeln überschütteten Ambulanzen, unserer in der Ausübung ihres Berufs niedergemetelten Aerzte und Krankenpflegerinnen!“

Die Bismarck'sche Rede über den Frankfurter Frieden lautete nach dem stenographischen Bericht:

— Ich erlaube mir, an eine frühere Erwähnung unserer Friedensverhandlungen, die in Brüssel mit der französischen Regierung schwebten, zu erinnern, bei der ich mein Bedauern darüber aussprach, daß diese Verhandlungen sich mehr, als erwartet wurde, in die Länge zogen. Wir hatten uns bei Abschluß des Präliminarfriedens der Hoffnung hingegeben, daß in einem Zeitraum von vier bis sechs Wochen die Verhandlungen, die erforderlich waren, um den Präliminarfrieden in einen definitiven umzuwandeln, beendet sein könnten. Wir hatten dabei auch darauf gerechnet, daß die Regierung, mit welcher wir den Frieden geschlossen, sich der unbeschränkten Herrschaft in Frankreich erwehren würde. Die Hoffnung hat sich deßhalb nicht verwirklicht und die Regierung hat mit einer schweren und noch nicht überwundenen Injurien in der Hauptstadt zu kämpfen. Eine weitere Verzögerung in den Verhandlungen würde deshalb in uns die Frage und die Befürchtung erwecken, ob das Land bei der Fortdauer seiner inneren Kämpfe, resp. die an der Spitze stehende Regierung oder diejenige, welche ihr folgen wird, Willens und im Stande wären, den uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu genügen. Der Präliminarfrieden beschäftigte sich mit den beiden wichtigsten Fragen in einer eidegiltigen Weise, nämlich mit der Territorial-Abtretung und mit der Bezahlung der Kriegsschuldung. In Bezug namentlich auf den zweiten Punkt griff die Befürchtung Platz, ob die französische Regierung den Willen und die Fähigkeit haben werde, diesen Teil des Präliminarvertrages auszuführen. Es sind in der Geschichte die Fälle nicht selten, daß ein Präliminarfriede geschlossen wurde und daß es nicht gelungen ist, über den definitiven Frieden sich rechtzeitig zu vereinigen, so daß einer der beiden streitenden Theile es vorgezogen hat, die Feindseligkeiten wieder zu eröffnen, anstatt noch länger die Ausführung der Präliminarien in Ungewißheit zu lassen. Ich war in der Besorgnis, daß wir nahe vor dieser Eventualität ständen, und da sie eine sehr ernste ist, so lag die Nothwendigkeit vor, vorher durch eine persönliche Besprechung und Mittheilung mit der französischen Regierung sich darüber klar zu werden, ob eine solche Eventualität vorläge oder nicht.

Es wäre für uns immer noch nicht indifferant gewesen, wenn wir uns nicht verständigen, sofort feindselig vorzugehen und die französischen Truppen anzugreifen. Aber meine politischen Erwägungen nach wären wir, wenn wir uns jetzt nicht verständigen, wenn wir eine ernste Besiegung unserer Interessen von der Verlängerung der Ungewißheit fürchten, in der Lage gewesen, der Ungewißheit dadurch ein Ende zu machen, daß wir Paris entweder durch Accord mit der Kommune oder durch Gewaltmittel einnehmen und so, im Besitz dieses Landes, von der Versailleser Regierung forderten, daß sie ihre Truppen hinter die Vorelinie zurückziehe, wie es in dem Präliminarfrieden festgesetzt war. Das sind dies in sehr schwieriger, wenn nicht für die Erfüllung der Friedensbedingungen gefährliche Verhältnisse verwickelt haben würde, liegt auf der Hand. Indessen, solche Verhältnisse werden oft auch durch längeres Warten nicht besser, sondern nur schwieriger, und ich glaube, wir wären in der Nothwendigkeit gewesen, mit Entschlossenheit vorzugehen, um einen zweifellosen Zustand herzustellen, wenn es nicht gelungen wäre, zu einem definitiven Abschluß in Frankfurt zu gelangen. Ich habe mich ursprünglich nicht in der Hoffnung nach Frankfurt hingegeben, daß es dort schon (soweit würde kommen können, sondern nur in der Absicht, einige der noch oberschwebenden prinzipiell wichtigsten Fragen zur Entscheidung zu bringen und für die Bezahlung der Kriegs-Kontribution eine Verstärkung der Truppen und eine Verstärkung der Garantien zu erreichen und dann das Weitere den Verhandlungen in Brüssel zu überlassen. Sobald sich indessen die Aussicht darbot, in Frankfurt den definitiven Frieden abzuschließen zu können, hielt ich es für einen großen Gewinn im Interesse beider beteiligten Länder indem ich überzeuge bin, daß dadurch nicht nur die militärischen Lasten, die wir uns noch bis jetzt auferlegen müssen, wesentlich erleichtert werden, sondern daß auch dieser Abschluß zur Konsolidirung der Verhältnisse in Frankreich wesentlich beitragen werde. Dadurch, daß die jetzige Regierung den definitiven Frieden mit uns abgeschlossen, hat sie sich selbst befestigt. Jede Regierung, die sich jetzt durch Gewalt oder andere Mittel an ihre Stelle setzte, hätte das Bedenken gegen sich, daß für sie der Friede nicht so vollständig und unbedingt gesichert ist, wie durch und für die jetzige Regierung. Ich glaube daher, wenn meine Voraussetzungen richtig sind, daß die Mehrheit der Franzosen den Frieden wünscht, daß der Friede jetzt wirklich definitiv abgeschlossen ist. Ich glaube nicht, daß wir so rasch dazu gelangen würden, weil außer der Feststellung der Hauptbedingungen doch bei einem solchen Friedensschluß immer eine Anzahl von Nebengeschäften zu erledigen sind, die, wenn nicht sehr viel beiderseitiger guter Wille und ein sehr dringendes Bedürfnis auf beiden Seiten vorhanden ist, nicht in Wochen, ja mitunter kaum in Monaten ihre Erledigung finden können. Es werden deshalb auch beträchtliche Ausführungsverhandlungen noch stattfinden haben und ist Frankfurt zu demselben anzusehen. (Beifall.) In der Hauptsache aber ist ein befriedigender und endgiltiger Abschluß erreicht. Die Zahlungsverhältnisse sind verübt und schärfer definiert worden. Anstatt daß die erste Zahlung erst im Laufe dieses Jahres zu erfolgen hätte, wird die erste Zahlung der ersten halben Milliarde schon innerhalb der 30 Tage, die auf die Unterwerfung von Paris folgen werden, stattfinden haben. Nach der militärischen Lage der Dinge dürfen wir hoffen, daß der Kampf in und um Paris sich seinem Ende nähert, und sobald die Truppen der Regierung siegreich sein werden — wozu wir die Mittel jetzt, nachdem der definitive Frieden geschlossen ist, durch die verstärkte Freilassung von Gefangenen bereitwillig gewähren werden — so wird nach 30 Tagen eine erste Zahlung von 500 Millionen Franken stattgefunden haben. Als Zwangsmittel ist festgesetzt worden, daß nur Metallgeld oder Noten von festen Banken, wie bei der englischen, niederländischen, preussischen, belgischen angenommen werden, oder Wechsel erster Klasse, d. h. solche, die so gut wie bares Geld sind, und wenn sie es wider Erwarten nicht sein sollten, so trifft der Ausfall nicht uns. Die zweite Zahlung von 1000 Millionen Francs hat sodann im Laufe dieses Jahres — wenn mich mein Gedächtniß nicht täuscht — bis zum 1. Dezember stattfinden. Erst nach dieser zweiten Zahlung sind wir verpflichtet, die Besiegungen von Paris zu räumen. (Beifall)

Bravo.) Es war diese Bestimmung zu meinem Bedauern eine nothwendige Vorsichtsmaßregel gegen die Schwankungen, denen die inneren Zustände noch ausgesetzt werden könnten, wenn wir zu früh uns von der Hauptstadt zurückzögen und — so schwer uns dies auch fallen mag — habe ich doch geglaubt, darauf bestehen zu müssen (Bravo). Dann wird die vierte halbe Milliarde bis zum 1. Mai und nicht bis Ende des nächsten Jahres zu zahlen sein. In Betreff der drei letzten Milliarden bleiben die Bestimmungen des Präliminarfriedens in Kraft, d. h. sie sind bis zum 1. März 1874 vollständig abzuführen und dasjenige, was früher bezahlt wird, kommt bei den Verzinsungen, die Frankreich zu zahlen hat, in Berechnung. Die französische Regierung hat die Hoffnung, diesem Frieden in der in Aussicht genommenen Zeit genügen zu können. Eine andere sehr schwierige Frage war die der Handelsbeziehungen. Die französische Regierung schreit den Handelsvertrag, den wir mit ihr geschlossen haben, lösen zu wollen und den bisher bestehenden Vertrag nicht wieder ins Leben treten zu lassen. Sie ist der Meinung, daß die gesteigerten Einnahmen, deren sie bedarf, durch gesteigerte Zölle wesentlich gefördert werden würden. Es ist meines Erachtens nicht unrichtig, in dem Friedensvertrag, der doch durch die Waffenerfolge des Krieges bewirkt ist, Handelsbestimmungen aufzunehmen, die der Souveränität eines großen Volkes unter Beschützung ihres Gesetzgebungsrechtes auferlegt werden würden. (Sehr wahr.) Ich habe deshalb auch nicht darauf bestanden und glaube auch nicht, daß die Maßregel praktisch gewesen wäre. Namentlich habe ich befürchtet, daß eine so starke Verletzung des Nationalgefühls den Frieden frühzeitig stören würde. Ich habe mich deshalb darauf beschränkt, zu fordern, daß wir nach dem Prinzip der meinstimmigen Nationen in Zukunft gegenseitig zu verhandeln hätten. Dies Prinzip ist in seiner Weisheit angenommen. Es wurde gewünscht, daß es nicht allgemein präzisirt würde, um nicht die Verträge mit den einzelnen Staaten, die der französischen Republik besonders nahe stehen, und bei ihrer Kleinheit weniger bedeutend sind wie Monaco und Tunis, unmöglich zu machen. Dann wünschte auch die französische Regierung dies auch vermindert deshalb, weil der Handelsvertrag mit Italien noch länger läuft, als sie mit ihrem Zollverträge zu warten beabsichtigt. Wir haben deshalb ausgemacht, daß die Nationen, mit denen wir als den begünstigten gleich zu behandeln sind, sich beschränken auf England, Belgien, Niederlande, Schweiz, Dänemark und Australien.

Demnach ist die Grenzfrage einer erneuerten Diskussion unterworfen worden, insofern sie eine offene geblieben war, nämlich den Raton von Besort zu bestimmen. Nach dem strengen Wortlaut des Präliminarfriedens waren wir berechtigt, unter Wagon das zu verstehen, was unser amtlicher Sprachgebrauch darunter versteht. Wir haben uns dahin verständigt, daß der Ratonkreis des Raton von Besort gebildet wird durch eine Entfernung von 4 bis 5 Kilometer. Darüber hinaus ist einseitigen definitiv keine Abtretung erfolgt. Wohl aber war es für uns wünschenswert, einige Gemeinden an der Nordgrenze bei Thionville zu erhalten, in denen ausschließlich oder überwiegend deutsch gesprochen wird. (Beifall.) Die französischen Minister erklärten sich in der Unmöglichkeit, den zumutenden, daß Gemeinden, die bisher französisch geblieben wären, aufgeben sollten, es zu sein. Sie waren wohl bereit, eine weitere Veränderung der Grenze nach dieser Richtung hin zu acceptiren, aber nicht ohne Äquivalent. Ich habe deshalb vorgeschlagen und es ist angenommen worden, daß sie dies der ratifizirenden Versammlung überlassen, und habe das Angebot eines gewissen Theiles von Besort für den Fall gestellt, daß uns französischer Seite die traglichen deutschen Gemeinden abgetreten würden. Die übrigen Bedingungen werden die Herren in Kurzem aus den amtlichen Mittheilungen erfahren. Wir haben das Bedürfnis gehabt, die Bahnen, welche der Gesellschaft der Ostbahn in Elzass und Lothringen gehören, für eine bestimmte Summe zu erwerben, da es nicht unrichtig ist, diese Gesellschaft um Besort der Bahnen zu lassen und wir sonst in der unangenehmen Lage wären, expropriiren zu müssen und bei der Frage der Abzahlung zugleich Pardon und Nichter zu sein. Für die Restitution durch Se. Majestät den Kaiser und die Versammlung in Versailles ist eine Frist von 10 Tagen, also bis zum 20. Mai, vorgegeben. Ich kann nicht annehmen, daß diese Abnahme jeden einzelnen persönlichen Wunsch betreffen werde, aber das ist bei so großen Abrechnungen zwischen zwei Völkern überhaupt nicht möglich. Die Trennung aller und der Schließung neuer Verbindungen ist ohne Verlust und geschäftliche Weiterungen nicht möglich; aber ich glaube, daß damit erreicht worden ist, was wir von Frankreich veranlaßter Weise und nach den Traditionen anderer Friedensschlüsse verlangen konnten. Wir haben unsere Grenzen durch Landverletzung und unsere Kriegsschuldung so weit gesichert, wie es nach menschlichen Vergälfnissen überhaupt möglich ist. Denn weiter ausgeübene Sicherheiten zu nehmen war für uns mit erheblich größeren Kosten und Anstrengungen verknüpft, nicht nur mit Opfern an Geld, sondern auch mit dem Verlust der Arbeitskraft, welche die längere Abwesenheit unserer Armee unserem Lande bereitet. Indes ich habe das Vertrauen, daß es die Absicht der französischen Regierung ist, den Vertrag auch ohne eine solche Bürgschaft auszuführen und ich habe die Hoffnung, daß die Kräfte dazu vorhanden sein werden und daß die Behauptung, die Entscheidung wäre von einer unmöglich zu behandelnden Höhe, eine unbegründete ist, indem sie von den französischen Finanzkräften und Staatsmännern nicht geteilt wird. Ich erlaube mir diese Mittheilungen mit dem Ausdruck der Hoffnung zu schließen, daß dieser Friede ein dauernder und segensreicher sein möge, und daß wir der Bürgschaften, deren wir uns versichert haben, um gegen wiederholte Angriffe gesichert zu sein, für lange Zeit nicht mehr bedürfen werden. (Beifall)

„Hoffnung, die sich bekanntlich nicht verwirklicht hat“, „Befürchtung“, „Ungewißheit“, „Besorgniß“, „Ungewißheit“, „Ungewißheit“, „Hoffnung“, „ich glaube“, „Voraussetzung“, „ich glaube nicht“, „hoffen“, „Vorsichtsmaßregeln gegen Schwankungen“, „Hoffnungen“, „ich glaube“, „ich habe befürchtet“, „ich glaube“, „Vertrauen“, „Absicht“, „Hoffnung“, „Hoffnung“ — es bedarf nur einer Zusammenstellung dieser Wörter und Wendungen, um jedem Unbefangenen klar zu machen, daß die Bismarck'sche Politik nicht mehr auf dem Boden feiter Thatfachen steht und, statt mit berechenbaren Faktoren zu rechnen, in die Region vager „Hoffnungen“ und „Absichten“ gedrängt ist. Die neue Papierscheere, mit der Fürst Bismarck während seines oft hapernden Vortrags die Lust durchsuchte, ist nicht das geizne Instrument zur Zerschneidung des Nordischen Knotens, den die französische Verhältnistheorie darbietet — sie reicht höchstens für die „Zwirnsäden“ aus, über die er „nicht zu stolpern“ gejonnen ist. Alexander „löste“ den Knoten mit dem Schwert. Wann wird das Schwert von Neuem gezogen werden? Und — wird es „erfolgreich“ gezogen werden? —

Fortsetzung auf Seite 4.

Berlin, den 10. Mai. Recht nett! Der „Sozial-Demokrat“, dessen wesentlichste Aufgabe es ja war, Propaganda für den preussischen Regierungs-Sozialismus zu machen, ist glücklich entschlafen. Ein anderes Blatt, das wenigstens für Berlin eine große lokale Bedeutung hat, nimmt die Erbschaft des „Sozial-Demokrat“ in naiver unterhältlicher Form auf. Die „Staatsbürger-Zeitung“ richtet in ihrer heutigen Nummer einen offenen Brief an Bismarck, worin diesem über seine politischen Taten das uneingeschränkte Lob gezollt und er aufgefordert wird, jetzt auch die soziale Misere zu berücksichtigen, wie er die politische beseitigt habe. Am „Können“ zweifelt die „Staatsbürger-Zeitung“ nicht, er, Bismarck, brauche nur zu wollen und mit einem Federzuge sei die Frage abgethan. „Lösen Sie diesen unglückseligen ersten Deutschen Reichstag, der nur aus Anbetern des Mammon besteht und dem goldenen Kalb des Kapitalismus huldigt, auf — zumal er ja ohnehin nicht aus der vollen Wahl des Volkes hervorgegangen ist!“ so heißt es unter Anderem in dem Brief. Die „soziale Reform“, wie sie Herr Held, der Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“ aufgestellt hat und Bismarck durchzuführen soll, ist uns nicht näher bekannt, es ist dies auch nicht nötig. Interessant ist und bleibt, daß ein in Berlin weit verbreitetes, und namentlich in Arbeiterkreisen viel gelesenes Blatt solche Wünsche und ein solches Verlangen offen an Bismarck richtet und richten darf. Herr Held hat schon 1849*) in eigenthümlichen Beziehungen zum Ministerium Manteuffel gestanden, es wird behauptet, daß intimere Beziehungen ihn auch an das preussische Prefecturwesen fesselten und daß er, der, und mit Recht, die große Mehrheit der Reichstagsmitglieder als „Anbeter des Mammon“ bezeichnet, selbst kein Verächter des Mammon sei, sondern seine Einnahme von 6—8000 Thlr. jährlich wohl zu verwenden verstehe. Die „Staatsbürger-Zeitung“ weiß, wo das Volk der Schuch drückt, deshalb bemächtigt sie sich mit großem Geschick aller lokalen Angelegenheiten, besonders der Steuerfrage, behandelt sie auch von jeher die soziale Frage. Hiesige Demokraten aber, welche mit dem Plane umgehen sollen, an Stelle der „Zukunft“ ein täglich erscheinendes, auf die Volkskreise berechnetes Blatt herauszugeben, sollen der Meinung sein, die „soziale Frage“ müsse darin so wenig und so vorsichtig als möglich behandelt werden! Ist das richtig, dann ist das Unternehmen von vornherein ein todgeborenes Kind, und schade um die Arbeit und die Mittel, die dabei verbraucht werden.

Aus Schwaben.

IV.

Die Revolution trat in Frankreich plötzlich und unerwartet auf die Bühne und sofort erzeugte die veränderte Frontstellung der politischen Parteien durch ganz Europa zwei bedeutsame Erscheinungen. Das bewusste Einheitsgefühl der revolutionären und das instinktive Einheitsgefühl der reaktionären Presse. Die Kommune wurde gegründet, durch ganz Europa fühlte das Proletariat, daß es seine Sache sei, um die in der heiligen Stadt gekämpft wird und die ganze sozialdemokratische Presse jauchzte Beifall. Alle andern Blätter — nur nach Tausenden sind sie zu zählen — machen mit Hintansetzung jeder Parteischattierung sofort einmüthig Front gegen die Kommune. Die Geschichte rief: „Scheidet Euch“ und im Nu waren die neuen Schlachlinien formirt.

Die reaktionäre und ganz besonders die liberale Bourgeoisie befand sich in einer komischen Situation. In Deutschland und Frankreich hatte sie sich während des ganzen Krieges einem ziellosen Chauvinismus hingegeben. Beide ehrwürdige Schwestern hatten sich in dieser ganzen langen Zeit die schauerlichsten Dinge an den Kopf geworfen. Keinen guten Thaten hatten sie an einander gelassen, geschimpft, getobt, geraucht, wie nur je zwei alte Marktweiber rauchten. Plötzlich plagt mitten zwischen beiden eine Bombe — die Kommune wird erklärt. Vor Schrecken blaß, stellen sie sofort den gegenseitigen Kampf ein, küssen sich die verwirrten Haare aus der Stirne, trocknen den tiefenden Schweiß ab und befehen sich mit geradem Gesicht das sonderbare Ding, welches so ungemüthlich ihren Hader säubte. Man fühlte beiderseits, daß nunmehr genug getobt und geschimpft sei, daß wirklich ernsthafte, reelle Interessen in Frage kommen.

Die französische Presse eröffnete den Reigen gegen den neuen gemeinschaftlichen Feind, eine Fluth von Lügen, Gemeinheiten und Entstellungen tobte und tobte gegen die Revolution heran; galt es doch, nicht bloß den Feind schlecht zu machen, sondern auch die eigene Schande zu bedecken und darum wurden alle Furien der Verleumdung losgelassen. Ihre deutsche Schwester blieb bald nicht mehr im Kampfe zurück; sie hatte es zudem leichter und bequemer. Sie kann sich begnügen, uns den Extract der französischen Leistungen zu geben, uns nur das Beste, das Pikanteste aus der Küche der Verleumdung aufzutischen. Das hat sie denn auch redlich gethan und thut es noch heute. Aber das Lügen hat seine Grenzen, es bedarf vor Allem, um nicht gar zu langweilig zu werden, der Abwechslung, und ganz besonders ist dies nötig, wenn es systematisch getrieben werden soll.

Wie unsere gesammte Presse während des ganzen Krieges so recht eigentlich den Dummen gemacht hat, so gebührt ihr auch jetzt noch vor Allem dieser Ruhm. Die Berliner Presse glaubt natürlich kein Wort von all den Lügen, welche sie über Paris ausgießt. Als bezagelte Wande bewußter Spitzbuben erfüllt sie ihre unehrliche Handthierung, sie erfüllt sie mit um so größerem Pflichteifer, da sie fühlt, daß es ihr selbst an den Krogen gehen könnte. Die Lügen zu glauben, überläßt sie mit Vergnügen einem Theil ihrer Leser und vor Allem ihrer deutschen Schwester und deren getreuem Schildknappen, der öffentlichen Meinung. Was hat man nicht Alles uns zu bieten gewagt? Zuerst mußte, wie immer, die Internationale der Sündenbock sein. Man hatte in London im Generalrath Abends beim Bier beschloffen, daß es in Paris „losgehen“ solle, und 300,000 Pariser gehorchten auf's Wort. „Es ist das dieselbe Partei, die nur zwei Vertreter im deutschen Reichstage“ hat. Als das nicht mehr zog, mußte der Terrorismus Einzelner

herhalten, zuerst hatte Assy, dann Rigault ganz Paris in der Hand, die Pariser machten sich das Vergnügen, sich von ihnen hin- und her zu lassen. Ein Hauptorgan der süddeutschen Intelligenz erzählte seinen Lesern, der einzige Zweck der Rädelsführer sei, schnell reich zu werden — an demselben Tage, wo die Kommune das Regieren mit einem mäßigen Wochenlohn abfertigte. Auch dieser Strich brach und es blieb nun nichts mehr übrig, als die angeborene Teufelmäßigkeit der Pariser. Die Pariser sind revolutionär, weil sie revolutionär sind — dies ist etwa die Formel, in welche sich die Intelligenz der Bourgeoisie gegenüber der weltgeschichtlichen That der Kommune von Paris zusammenfassen läßt. M.

Aus Amerika.

New-York, 23. April 1871. Das große deutsche Friedensfest*) ist vorbei. Am 10. April, Ostermontag, zogen gegen 40,000 deutsch-amerikanische, neu-deutsche, kaiserlich-preussische Unterthanen in bestem Schmuck durch Staub und heißen Sonnenschein die Straßen New-Yorks entlang. Es lag, wie ein Parteigenosse neben mir sagte, Etwas unbefehrblich Helldenmäßiges in dem Gebahren und der Haltung dieser fern vom Schlachtfeld, „weit vom Schuß“ paradirenden Krieger. Denn Krieger, friedliche Krieger in bestem, buntem Waffenschmuck bildeten den Hauptbestandtheil des großen Zugs und die — Pickelhaube, ja! die Pickelhaube wurde warm begrüßt bei ihrem Debüt auf amerikanischem Boden. Ein tapferes deutsches Milizregiment hat sich nämlich schleunigst als Bedeckung für seine dicken Schädel die Pickelhaube zugelegt, damit hohen Beifall errungen und — kann jetzt auf seinen Lorbeeren schlafen. Die Schilderung des Faszingszugs erlassen Sie mir. Für uns Arbeiter hatte derselbe keine Bedeutung, umsoweniger, als das Arbeiterement, Dank seinem gefunden Sinne, äußerst schwach vertreten war. Es war, nach übereinstimmenden Berichten aufmerksamer Beobachter, höchstens ein Neuntel des Zugs aus Arbeitern gebildet. Und auch diesen ist am Ende nicht wohl in solcher Gesellschaft gewesen. Fragen Sie aber: Woher dann diese große Zahl der Teilnehmer? Nun, so bedenken Sie, daß es in New-York giebt 1) 3000 bis 4000 deutsche Bierwirthschaften, die in National-Enthusiasmus machen; 2) ungefähr 2000 deutsche Importgeschäfte, natürlich fast alle gut neu-kaiserlich; 3) ungefähr 100 große deutsche Brauereien, die ein ausgezeichnetes Geschäft dabei machen, 4) einige Hundert großer deutscher Fabriken und Firmen, die diese günstige Gelegenheit benutzten, um sich und ihre Waaren dem Publikum in der vortheilhaftesten Weise zu annonciren, — u. s. w. Das waren die Bestandtheile des Zugs, und für diesen wurde eine Summe ausgegeben, die um das Dreifache die Summe übersteigt, welche diese Patrioten für die Opfer des Krieges beigetragen haben. Der Patriotismus dieser Leuten ist überall derselbe: das Interesse ihrer Börse, das Füllen ihrer Tasche. Das schrieb im Anfang des Krieges: Wir garantiren Euch drüben eine Million, und wenn das nicht genug, eine zweite. Und sie haben zusammengebettelt höchstens eine Drittel-Million, laut amtlichen Ausweises. Für das Friedensfest aber — eigentlich ein verschämter, oder vielmehr unverschämter Name für Triumph- und Siegesfest — wird in einem Tage mindestens das Bier- und Fünffache verpufft. Für den Geist dieser „Republikaner“ auf amerikanischem Boden spreche nur die eine Thatfache, daß ein deutscher Bürger gemüthlich und ihm die Fahnen ent- und zerrissen wurden, auf denen er die Inschriften hatte anbringen lassen: „Nieder mit dem Despotismus!“ „Es lebe die Republik!“ Deutsche waren die Thäter. —

Unsre Parteigenossen hatten an demselben Tage eine Versammlung ausgeschrieben — den Aufruf**) lege ich zur Benützung bei —, auf der die wirklichen Fragen der Gegenwart besprochen werden sollten. Dieselbe war gut besucht und verlief ausgezeichnet.

Der Zustand der Kohlengräber in Pennsylvania ist noch nicht beendet. Der Generalrath der großen Bergarbeiter-Assoziation (M. & L. B. A.) hatte mit nicht zu großer Mehrheit beschloffen, in ein Schiedsgericht zu willigen, und zu diesem Zweck eine Anzahl Vergleute ernannt, welche mit einer gleichen Anzahl Bevollmächtigter der Unternehmer und Kapitalisten verhandeln und streitige Punkte, über die sie sich nicht einigen konnten, einem Unparteiischen zur Entscheidung unterbreiten sollten. Sie (die Kohlengräber) thaten diesen gefährlichen Schritt, um dem großen Publikum gerecht zu werden. Das Resultat war bei dem bekannten Charakter der ausbreitenden Gesellschaften voranzusehen. Sie kamen zu der aberaumten Versammlung, wählten einen sogenannten Unparteiischen, ließen denselben in einigen Punkten zu ihren Gunsten entscheiden, verweigerten aber bestimmt, auf die Hauptfrage einzugehen, d. h. einen allgemein gültigen Lohnsatz festzustellen, eine Allen gleiche Preisbasis anzunehmen. Sie wollten absolut, jede einzeln, mit ihren Arbeitern einzeln verhandeln und Preise machen, wohl wissend, daß dies der Todesstoß der großen Bergarbeitervereinigung sein und ihnen die Arbeiter auf Gnade und Ungnade überliefern würde. Das begrißen die wackeren und sehr geschickten Abgeordneten der Vergleute sehr wohl; es handelte sich für sie um „Sein oder Nichtsein“ und sie standen fest in ihrem Verlangen eines allgemeinen Tarifs. Die Kapitalisten verweigerten es, in diesem Punkte die Entscheidung der Unparteiischen anzurufen und so ging die Konferenz erfolglos auseinander. Wie es heißt, wollen die Vergleute jetzt, nach mehr als 3monatlichem Ausschließen, an die Unterstützung der gesammten Arbeiterpartei appelliren. — Vor 14 Tagen wollten einige „blacklegs“ (so nennt man hier die der Arbeiterverbindung abtrünnig Gewordenen) in den Minen zu arbeiten anfangen; die Vergleute, wird darüber, geriethen in kleine Streitigkeiten mit ihnen, und — siehe da! der Telegraph berichtete sofort über das ganze Land mit großen Lettern: „Mord, Aufruhr, Brandstiftung! 6—8 Menschen getödtet u. s. f. Das Eigenthum ist in Gefahr!“ Der Herr Gouverneur des Staates bietet sofort die Miliz auf, läßt sie einmarschiren und erläßt eine große Proklamation, worin er, der Weise, den Vergleuten und den Kapitalisten, Jedem sein Theil Unrecht und Vorwürfe giebt. Aber — die

Milizen finden keinen Aufruhr, die Ambulanzen keine Verwundeten, die Leichenwagen keine Todten! Kaum ein paar blaue Augen waren zu finden, und nun kam ein Bericht nach dem andern, immer mehr herabstimmend, bis zuletzt nichts mehr übrig blieb von dem rothen Gespenst, als die — offen zur Schau getragene Sympathie der Milizsoldaten mit den verschrieenen, verleumdeten Kohlenarbeitern.

Auf eine Sympathieadresse von dem nordamerikanischen Centralkomitee der Internationalen Arbeiter-Assoziation hat der Generalrath der Vergleute in einem längeren Schreiben durch seinen Vorsitzenden, J. Kealy, geantwortet. Er schildert darin die Stimmung der Kohlenarbeiter als eine höchst entschlossene und zeigt, wie die verbündeten Großkapitalisten ihren Zweck, die Zerstörung der Assoziation, durch Hunger erreichen wollen, daß sie sich aber verrechnet haben, wenn sie glaubten, dies leicht bewerkstelligen zu können. Die Vergleute seien durch ihren Beruf schon an Entbehrungen gewöhnt und darum schwerer zu unterjochen. Auch wüßten sie, daß von dem Ausgange dieses Kampfes das Bestehen selbstständiger, unabhängiger Arbeiterverbindungen überhaupt abhänge, da kleinere Gesellschaften kaum je den Anfechtungen des Kapitals würden widerstehen können, wenn dieser größte, mächtigste und zahlreichste aller Gewerksvereine in dem Kampfe unterliegen müßte.

Das (für uns natürlich nicht) neueste Mittel der Bourgeoisie, diesen Gewerksverein zu sprengen, besteht in der Aufhebung der verschiedenen Nationalitäten gegen einander, da in demselben besonders fremdgeborenes Element vertreten ist und die Bewegung leidet: Irländer, Walliser, Engländer, Schotten, Deutsche, Standinavier u. s. w. Auch das wird an dem gesunden Sinn der Mitglieder scheitern, unter denen sich besonders die Irländer durch Standhaftigkeit und Ehrlichkeit auszeichnen.

In Baltimore hatten die Arbeiterinnen im Schuhmachergewerk einen Gewerksverein gebildet, um sich der großen Vereinigung anzuschließen. Die Herren Meister und Fabrikanten entließen hierauf alle dieses Verbrochens Verdächtigen und beschloffen, Niemand von den Frauen zu beschäftigen, die damit zu thun habe. Da kamen den Frauen und Mädchen die Männer des Gewerks, die Crispiner, zu Hülfe, erklärten den Ausstand, und in wenigen Tagen sahen sich die „Herren“ genöthigt und bemüht, nachzugeben und die Arbeiterinnen wieder auf- und anzunehmen, worauf der Streik sein Ende hatte. Die Internationale Großloge der Crispiner (Schuhmacher) hält jetzt ihre Sitzungen in New-York. Eine Delegation derselben besuchte letzten Freitag die New-York-Workingmen's Union (Centralkörper der englisch redenden Gewerksvereine), und Sheehan, der Abgeordnete der San Francisco Crispiner, hielt dort eine längere Ansprache, worin er das Ungeheuer schilderte, was durch die Einwanderung, eigentlich Importation, der Chinesen über fast alle Gewerke in San Francisco und Umgebung gekommen sei. Er ging so weit, den Gebrauch von Gewalt gegen die Asiaten in Aussicht zu stellen. Ein anderer Delegat, S. P. Cummings in Massachusetts trat dagegen auf und erklärte, daß man gegen die Urheber dieses schrecklichen Systems, nicht gegen die armen Opfer desselben sich erheben, daß man das Kapital und die Kapitalisten, nicht die Chinesen bekämpfen müsse. — Eine große Massenversammlung zur Behandlung dieser Frage wird von den Crispinern dieser Tage abgehalten werden.

Die N. Y. Workingmen's Union ist seit ein Paar Monaten fast nur mit Begleitung persönlicher Streitigkeiten beschäftigt, und spielt der bekannte N. B. Young darin die Hauptrolle und Ursache derselben. Er hat sich auf den Schultern der Arbeiter in ein einträgliches Amt geschwungen und sucht seinen Einfluß und Halt bei den Arbeitern zu persönlichem Vortheil zu verewigen. Es ist zu hoffen, daß binnen Kurzem die unreinen Elemente ausgestoßen sein werden, und dann eine neue Aera erfolgreichen Wirkens für die W. U. beginne.

Die deutsche Arbeiter-Union hat sich mit dem hiesigen Central-Komitee der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Verbindung gesetzt zur Abhaltung eines Arbeiterfestes, das am 12. Juni d. J. stattfinden soll. Es wird beabsichtigt, den Keinertrag dieses Festes zur Gründung eines deutschen Arbeiter-Wochenblatts zu verwenden und wird der Prospektus desselben einer gründlichen Beratung unterzogen. Auszüge daraus sind schon früher im „Volkstaat“ mitgetheilt worden. Es ist also Hoffnung vorhanden, daß dieses neue Parteiorgan im Laufe dieses Sommers seine Erscheinung mache.

Der früher erwähnten gemeinschaftlichen, monatlichen Sitzungen der zwei deutschen Arbeitervereine haben seit letztem zwei statt gefunden: Am 19. März sprach E. Große über „Organisation und Agitation“ und am 9. April hielt F. Volte einen Vortrag über „Die moderne Produktionsweise — Ausbeutung“. Diese Vorträge und die daran sich knüpfenden Besprechungen der sozialen Frage gewinnen an Bedeutung und versprechen der Partei hier Nutzen zu gewähren.

Bei dem N. A. Central-Komitee der Internationalen Arbeiter-Assoziation hat sich kürzlich vertreten lassen als Sektion 8 der sozialdemokratische Verein von Williamsburg, einer Vorstadt New-Yorks, (Delegat, E. Kuppel, Lehrer) und eine neuerdings gebildete amerikanische Sektion Nr. 9, (Delegat J. B. Davis). Die Bildung einer zweiten französischen Sektion in den oberen Stadttheilen ist angemeldet. —

Die Haftentlassung unsrer deutschen Parteigenossen ist hier freudig begrüßt worden.

Repräsentant Hoar von Massachusetts hat im Repräsentantenhaufe des Kongresses zu Washington einen Gesetzesentwurf eingebracht zur Einrichtung eines nationalen Arbeitsbureaus, d. h. einer Kommission von drei Personen, welche untersuchen sollen: „Arbeitslöhne und Arbeitszeit, die Vertheilung des der Arbeit und dem Kapital gemeinschaftlichen Gewinnes (profit) zwischen Arbeiter und Kapitalist, den gesellschaftlichen, gesundheitlichen und Bildungs-Zustand der arbeitenden Klassen der Vereinigten-Staaten, und wie derselbe berührt und beeinflusst wird durch die bestehenden Gesetze über Handel, Finanzen und Geldumlauf.“

Die Initiative.

Welches Volk hat wohl auf politischem Gebiet aus eigenem Antriebe mit freiem unbefchränktem Willen etwas gethan? Das deutsche sicherlich nicht. Von der Vergangenheit wollen wir dabei absehen; sonst müßten die Kämpfe der Reichstädte gegen den Raubadel und der Bauernkrieg als selbstwillige Erhebungen

*) Schon 1848 moßelte Held mit dem Preussischen Hof und der Kammer. In einem öffentlichen Vortrag hat er selbst mit einem, die Hörer fast noch mehr als den Redner kompromittirenden Egoismus die skandalösesten Thatsachen zugestanden. Auf den paßt auch das bekannte West-Biebermann'sche Wort über die Presse. D. R.

*) Einen durch diese deutsche Massen-Blamage veranlaßten gebiengen Artikel der „Neuen Zeit“ über die politische Unreife und (in Folge derselben) degradirte Stellung unserer Landleute in Amerika bringen wir demnächst zum Abdruck.

**) in Nr. 39 mitgetheilt.

gelsen. Beide Momente, Städtekampf wie Bauernkrieg, finden wir übrigens auch bei andern Völkern früherer Zeit, z. B. in Frankreich, der Schweiz, Rußland. Blicken wir nur auf die letzten 130 Jahre. In Zeit von 20 Jahren konnte ein preussischer Despot drei Kriege vom Zaun reißen, um seine unersättliche Ländergier zu befriedigen. Schließlich theilte sich dieser „große“ König mit seinen ebenso raubhüchigen Nachbarn in ein vom Adel ruinirtes Nachbarland, dessen Herr v. Bismarck noch heute als preussisch proklamirt. Ja, ebenso preussisch wie Esaj-Löhringen, ebenso englisch wie Irland, ebenso französisch wie Wizza, ebenso österreichisch wie Triest. Das Selbstbestimmungsrecht gehört in Deutschland den Fürsten. Die Fürsten Oesterreichs und Preußens erklärten 1792 der Republik Frankreich den Krieg, und die Deutschen mußten nicht, schimpften vielmehr in allen ihren Zeitungen auf die Robespierre'sche Schreckensherrschaft und auf die betlagenerwerthen Opfer der Guillotine. Bis auf einige Altonaer und Münzler Blätter nahmen sie Adel und Königthum in Schutz, lobten den Krieg gegen die Jakobiner u. s. w. Auch 1813 warteten die gehorjamen Deutschen trotz Yorks Vorgehen erst den Aufruf „an mein Volk“ ab, um sich „freiwillig“ in den Kampf gegen den blutigen Cörsen zu stürzen. Für die Verheerungen Friedrich Wilhelms III. hatten sie nicht einmal Verständniß; sie lernten erst aus den französischen Kammerdebatten das so bequeme konstitutionelle Schattelsystem kennen. Die Juli-revolution weckte bloß in der Rheinpfalz ein Echo; nirgends sonst (?) rührte sich ein Theil des Volkes, und erst mit den Bierziger Jahren begannen in Baden die ersten Anstrengungen konstitutioneller Rechte. Erst das Jahr 1848 sollte die parlamentarische Bewegung in Fluß bringen, aber wie donquixotartig und unselbstständig! Ein schmähliches Nuthen um den Erfolg, um die in ihren Querschnitten beschränkte Möglichkeit, welches dem faulen autoritätsfüchtigen germanischen Charakter der Bourgeoisie entsprach, griff um sich; grundsätzlicher Widerstand blieb eine seltene Erscheinung. Auf alle Gewaltthatigkeiten der Regierungen antwortete eine schale Opposition.

Aus dieser politischen Unfreiheit resultiren Bismarcks Pläne, aus ihr werden die preussischen Kriege der letzten sieben Jahre erklaert. Louis Bonaparte gab natürlich ein lockendes Beispiel. Wollte die Regierung Krieg, so war ein Vorwand, der die Schuld von ihr abwälzte, bald gefunden. Die Zeughäuser öffneten sich, die Gewehre wurden vertheilt; dort ist der Feind! Und los ging der tonumdrühte Tanz, bis nach glottrigem Frieden die Waffen sorgfältig wieder in die Zeughäuser geräumt waren, damit ja dem Volke alle Macht entwunden wurde, die Regierung aber die allein mächtige blieb, um sich und ihre Genattern über dem Wasser zu halten. Gehorjam und Frömmigkeit wird massenhaft in Schulen und Kirchen gepredigt, die Presse ist geknebelt, Disci- plin und Kommando herrschen, — wo sollte da freies Denken, wo Initiative im Handeln erwachen?

Betrachten wir dagegen die politische Thatkraft des fran- zösischen Volkes, die ohne natürliche Intelligenz gar nicht möglich wäre. Nach den maßlosten und gesehlichen Ausbeutungen durch Adel und Geistlichkeit begann 1789 in Paris der Kampf gegen die seit Jahrhunderten usurpirten Vorrechte, natürlich auch gegen deren Inhaber. Wie heute wüthete die schändliche englische Bourgeoisie gegen diese Befreiungskämpfe des Volkes und stachelte zum Kriege die nur zu sehr dazu geneigten deut- schen Fürsten. Nur diesen und dem englischen Aristokratenfolde haben wir die Kriege von 1792 — 1815 zu verdanken.

Ob Bismarck diesmal klüger sein wird? — Gleichwohl konnten die Sieger die Herstellung des Scheinkonstitutionellen halb Adels- und halb Pfaffen-, halb Bourgeois- Regiments nicht verhindern, das sich 1830 in eine anschließliche Bour- geoissherrschaft verwandelte. Corruption und Geldeinflüsse bei der Gesehmacherei wurden maßgebend, bis sie unter dem Netteur Louis Bonaparte ihren Höhegrad erreichten. 1848 hatte die französische Bourgeoisie sowohl ihre Unfähigkeit zu regieren als ihren bösen Willen bewiesen: Flintenschüsse und Kanonen setzten sie den gerechten Anforderungen des arbeitenden Volks entgegen, ein Discutiren war nicht mehr möglich. Zuerst unterdrückten die Bauernsoldaten alle freien Regungen, wo brutale Geseze nicht andrängten; seit 1851 stimmte die Bauern-Stu- pidität die städtische Intelligenz nieder. Die einfache Frage ist also: soll politische Gleichberechtigung von dem Willen einer blödsinnigen Menge fernertin abhängen, soll das allgemeine Wahlrecht bloß ein Mittel sein, um die Privilegien des Geld- sachs und die Faulenzerei einer wenig zahlreichen Klasse zu verlängern? Oder soll sich die städtische Arbeit, welche alle Ge- werbe der Industrie und Kunst umfaßt, von der ländlichen Unwissenheit, von dem feigen Gehorsam der Bauern, die auf Kommando zu Allem fähig sind, emancipiren? W.

Viterarisches.

In seinem „Neuen Reich“ Nr. 6 giebt Gustav Freitag einen Artikel „Ketten und Rollen“, womit die Rettung fran- zösischer Kostbarkeiten durch preussische Offiziere und das Ein- rollen fremder Bilder durch unsere heimischen Helden gemeint ist. Die Sache muß weit gediehen sein, wenn die deutschen Annerionen einem vaterlandsbrünstigen Freitag sogar zu arg werden. Der deutsche Jüngling jedoch ist in der Sünde zu grau geworden, als daß er über die bemerkten Schandthaten sich lebhaft entrüsten könnte. Er flennt weinerlich und bittet sanftmüthig: „Den lieben Offizieren und Mannschaften unseres Heeres rufen wir innig zu: wir sind stolz und glücklich über eure Kriegsthaten, erhaltet euch auch als Menschen der Nation würdig. Kehrt, o kehrt aus diesem fürchtbaren Kriege Alle zu uns zurück mit lauterem Gewissen und reinen Händen.“ Statt das Inhumane des Krieges zu sehen, ruft Freitag die Leute an, daß sie stille stehen und den Fortschritt bewundern mögen, seit der Zeit, „wo der Krieg die Austilgung des gefammten feindlichen Stammes, Aneignung seiner Habe und seines Weiden- grundes erstrebte.“ Wie weit vorangeschritten ist unser Zän- dadel-Zeitalter den Philistern, die noch ihre Feinde mit Gels- tinnbäden erschlugen! „Ein solcher Rückblick kann wahrlich erheben!“ ruft Gustav aus.

Uns ruft dankt erheblicher, sittlicher und humaner, statt den Blick auf dürren Lorbeeren ruhen zu lassen, ihn in die Zu- kunft zu richten, wo der nationale Schwindel, der Neid, die Konkurrenz und Eifersucht der Völker umschlägt in die gemein- schaftliche, internationale Arbeit der menschlichen Kultur. Freitag nennt den Krieg „einen großen Naturprozeß“, während er doch bekanntlich und thatsächlich ein Prozeß des

Gegentheils, der menschlichen Willkür ist. Robinson's Freitag sah im Naturprozeß des siedenden Wassers eine Geistes- erscheinung. „Unser“ Freitag versteht umgekehrt die Geistes- erscheinung des Kriegs für einen Naturprozeß.

So wird von Barbaren die Ordnung der Dinge auf den Kopf gestellt.

Aufruf an die deutschen Cigarrenarbeiter.

Werthe Geschäfts-Genossen!

Wir rechnen es uns zur Pflicht, in der gegenwärtigen Zeitperiode, in welcher unser Geschäftsgang in ganz Deutschland ein ausgezeichneter als seit vielen Jahren ist, und noch eine lange Zeit so bleiben wird, an Euch einen Aufruf ergoßen zu lassen.

Der Arbeitslohn richtet sich bei der heutigen Produktionsweise nach Angebot und Nachfrage von Arbeit. Bei uns ist gegenwärtig starke Nachfrage für Arbeitskraft; unser Lohn ist aber im Verhältnis zum Angebot der Arbeit unbedeutend geringe; wir haben nur das Recht, eine übermäßige Zeit zu arbeiten, wodurch etwas mehr verdient wird als gewöhnlich. So lange die Lohnarbeit existirt, wird das ebene Lohngesetz nicht beseitigt werden, das steht fest.

Es ist aber notwendig, wenn wir bei der heutigen Produktions- weise eine Lohnerhöhung erhalten können, es so schnell wie möglich zu thun. Durch eine übermäßige Arbeitszeit einen höheren Verdienst zu erlangen, würde ganz widersprechend sein; sie wird uns früher zum Grabe geleiten als gewöhnlich. Schon müssen wir am frühesten von allen Geschäftsbranchen aus dieser Welt scheiden. Es ist durch den Geheimrath Engel nachgewiesen, daß das durchschnittliche Lebensalter der Cigarren- und Tabaksarbeiter nicht mehr ist als 31 Jahre; wie soll es erst werden, wenn wir eine übermäßige Arbeitszeit haben?

Wenn wir den gegenwärtigen Geschäftsgang im Verhältnis zu unserem Lohn betrachten, so können wir nicht unerklären, die gesammten Cigarrenarbeiter Deutschlands aufzufordern, sich zu vereinigen, um in allen Städten und Orten, wo Cigarrenarbeiter existiren, eine Lohn- erhöhung zu verlangen. Wir gehen von der Ueberzeugung aus, daß in der Gesamtheit eher eine Lohnhöhung zu erzielen ist, als in einzelnen Orten. Wenn wir an einzelnen Orten eine Lohnhöhung verlangen, so sagen unsere Arbeitgeber: wir können das nicht thun, weil wir dann mit anderen Fabrikanten nicht konkurriren können. Wenn wir aber in der Gesamtheit dieses Verlangen stellen, so muß dieser Grund fallen.

Alle Arbeiter erheben sich und verlangen mehr Lohn, weil sie nicht mehr auskommen können, und wir sollten zürücksehen? Nahrung, Kleidung, Logis und sonstige Bedürfnisse werden theurer und unser Lohn bleibt immer auf demselben Niveau stehen. Die Geschäftsgegenstände aller Partijshattungen, seien es von Denjenigen, welche zum Allg. d. Unterhaltungs-Verband gehören, seien es von der Allg. d. Cigarrenarbeiter-Gewerkschaft, von den Orts-Vereinen oder den Neutralen, welche sich noch keiner Partij angegeschlossen haben, ersuchen wir, sich zu vereinigen; so schnell wie möglich eine Versammlung an- zuberäumen, unsern Vorschlag auf die Tagesordnung zu stellen, darüber zu beraten und zu beschließen, ob sie mit uns einverstanden sind; sodann das Resultat der Versammlung an die unterzeichnete Adresse einzuschicken. Wenn unser Vorschlag von einer großen Masse unserer Geschäftsgegenossen anerkannt wird, so werden wir einen allge- meinen deutschen Cigarrenarbeiter-Kongreß auszusprechen; auf dem unsere gerechte Sache zum Austrag gebracht wird. Der Kongreß wird alle Angelegenheiten ordnen. Er wird bestimmen, wie viel Lohn- erhöhung wir verlangen, auf welchen Tag wir in Gesamt-Deutsch- land unsere Forderungen stellen; überhaupt alles bestimmen, was zur Durchführung unserer Sache erforderlich ist. Zum Schluß rufen wir Euch zu: einigt Euch, stimmt unsem Vorschlag zu und wir wollen sehen, ob nichts zu machen ist.

Wir senden mehrere Exemplare dieses Aufrufs in die verschiedenen Hauptstädte Deutschlands, dieselben mögen sie in kleineren Städte und Orte senden, weil wir die Adressen nicht alle wissen; auch wird es in verschiedenen Arbeiter-Organen veröffentlicht werden, z. B. im „Volkst- staat“ und „Boten“. Wenn der Kongreß zu Stande kommt, so werden wir ihn in den genannten Organen auszusprechen.

Im Namen sammtlicher Cigarrenarbeiter Offenbach a. M.

Für das Komitee:

A. Deuter, H. Biergrund 22, Offenbach.

Glengen a. B. (Biertrüb.) 4. Mai. Unsere Mitgliederzahl hier- selbst hat sich leider verringert. Wir müssen vor Allem vorausschicken, daß unsere Stadt (ca. 3000 Seelen) 3—4 Jahren best. die Mehr- zahl der Einwohner jedoch Kleinrenter be- treibt, wobei noch Viele mit ihrem Gewerbe Landwirthschaft verbinden und es ist also deshalb begreiflich, daß bei unsern dormaligen sozialen Zuständen eine Agita- tion für sozial-demokratische Prinzipien zur Zeit noch wenig Boden findet. Wir traten vor etwa 1 1/2 Jahr der sozial-demokratischen Par- tei bei, welche bei uns, namentlich in Folge der Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses und durch die Hysterien der inländischen Presse arg vertrieben ist. Leider ließ sich manches unserer Vereinsmitglieder auf Grund solcher parteiischen und einseitigen Berichte und Kritik, sowie durch die Umtriebe der sich „Fabrikanten“ titulirenden Gewerbe- treibenden, obwohl letztere der Mehrzahl nach bloß selbstständige Ar- beiter sind, irre führen, wodurch der Verein erheblich an Mitglieder- zahl verlor. Der Krieg brach aus, und dem Verein, der in seiner Blüthezeit 80 Mitglieder zählte, blieben schließlich in Folge der Ein- berufungen nur noch 10 Mann treu.

Unsere Absicht ist nun, selbst mit dieser geringen Zahl zusammen- zuhalten, mehr durch Verbreitung des „Volkststaat“ zu wirken, vorer- st jedoch jedes Einzelne behufs numerischer Vergrößerung zu unter- stützen, sondern einige Zeit zuzuwarten, ob nicht von den Arbeitern selbst wieder Anregung zur Neubildung erfolgt.

Obgenannte Umstände machen es allerdings vorherhand schwerig, der Sozialdemokratie in unserer Gegend wirksamen und umfassen- den Eingang zu verschaffen, denn obwohl auch hier schon viele Klein- gewerbetreibende in Folge der Konkurrenz der Großindustrie ihr kümmerliches Dasein beschließen und ihr Brod in der Fabrik oder gän- zlichen Betreibung der Landwirtschaft suchen müssen, welche letztere indeß jetzt in Folge des ungarischen Groß- und Maschinenbetriebs ebenfalls immer weniger Prozepte abwirft, so täuschen sich noch viele Kleinrenterbetreibende zu ihrem eigenen Schaden und arbeiten dadurch der wirklichen Bourgeoisie in die Hände.

Wieder Andere weisen mit aufgehobenem Finger auf die gegen- wärtigen Zustände in Paris, welche eine Folge sozialdemokratischer Umtriebe seien, bedenken jedoch nicht, daß die Bourgeoisie die Haupt- schuld daran trägt durch ihre Vorenthaltung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts des ganzen Volks.

Ferner wird von unserer Bürgerschaft die Zusammenlegung des Grundeigentums (Grund- und Bodenfrage) und noch einige Punkte unseres Programms den Arbeitern als extremer und verderblicher Schwandel dargestellt, welcher alle Selbstständigkeit und deshalb allen Fleiß und Unternehmungseifer des Einzelnen zerstört; übrigens halten auch wir die Ausführung dieser Maßregel erst dann möglich, wenn die Mehrzahl der Landwirthe ihre Konkurrenzunfähigkeit mit dem Maschinen-Großbetrieb einsehen, worauf dann auch dieses Problem auf dem Wege des Gesezes seine Lösung finden dürfte.

Wenn wir auch mit Manchem und mit Manchem im Schooße der Partei nicht ganz einig gehen, so halten wir dennoch unsere, wenn auch schwache und geringfügige Unterstützung derselben für Pflicht, so lange die leitenden Persönlichkeiten auf dem Wege der Ordnung und der Wägung beharren und es können und sollen nach unserer Ansicht die Mitgliedschaften der Partei zur gedeihlichen Lösung der Arbeiterfrage jeder Zeit das Ihrige beitragen, denn sicher wurde durch die einheitliche Organisation der Arbeiter schon Manches erreicht und der Arbeiter hätte ohne sie, unter moralisch und physisch weit ungünstigeren Verhältnissen, mit der ebenfalls einheitlichen Macht der Großindustrie und des Kapitals zu kämpfen und zu ringen.

Mit sozialdemokratischem Geiße

Für den Verein: B. Köstle, Schriftführer.

„Aus einem objektiven Winkel.“ **Vandshut**, (Nieder- bayern) 4. Mai 1871. Auch in hiesiger Stadt, wo der gestrenge Herr Bürgermeister Dr. Wehring haust und wo theils der Ultramontanis- mus theils der Liberalismus absolut herrschen, scheint sich die Sozial- demokratie Bahn brechen zu wollen. Im Jahre 1864 wurde der hiesige Arbeiter-Verein wegen Abhaltung einer Blumfeier aufgelöst und ein Theil der Mitglieder eingesperrt; seit dieser Zeit wollte man

einen beratigen Verein nicht mehr aufkommen lassen; trotz alledem aber sollten die letzten Reichstagswahlen Anlaß zur Gründung eines Arbeiter-Vereins geben. Die Arbeiter wurden zu einer Versammlung behufs Besprechung der Reichstagswahlen eingeladen. Es erschienen circa 40 Arbeiter, desto mehr aber Anhänger der „liberalen“ Partei (Staatsanwälte, Advokaten, Anwälte u. s.). Die „liberalen“ sprachen natürlich in Gunsten ihres Kandidaten, konnten aber, obwohl leider nur wenig Redner unter den Arbeitern waren, nicht viel aus- richten, und als man erziehen vorwärts, wie schamlos die „liberalen“ Besse gegen die Arbeiter und besonders gegen deren Führer sei, wie unter Anderm die „liberalen“, „Bayerische Zeitung“ in einem Leitartikel geschrieben: „Die beiden Sozialdemokraten Bebel und Liebknecht sind schuftige Geißen“, zogen sie sich in ihre Gemächer (Rebenzimmer) zurück. Es wurde dann der Antrag gestellt, sich der Wahl gänzlich zu enthalten; ein Reklamer konnte jedoch nicht erzielt werden, da mehrere der Anwesenden nicht zu verstehen schienen, was damit aus- gedrückt werden sollte. Als zur Gründung eines Vereins aufgefordert wurde, zeichneten sich 31 Arbeiter in die Liste ein. In einer spätern Versammlung behufs Statutenberatung und Ausschuhwahl erschienen nur 12 Mann; diesen 12 mußte die Parter vom Brode fallen, sie ließen aber den Muth nicht sinken und gründeten den Arbeiter-Verein. Die Statuten wurden dem Magistrat zur Begutachtung vorgelegt, und obwohl sie sehr harmlos sind, so erklärten die weisen Stadtväter (als Polizeibehörde) den Verein, wahrscheinlich um ihn von vorn- herein unschädlich zu machen, als politisch. Aber auch das konnte nicht abgedrückt; die dankbaren Arbeiter kamen in den Verein und zählt derselbe bis jetzt 42 Mitglieder. Es werden im Verein (da er nun einmal politisch sein muß) sozial-politische Vorträge gehalten, der „Volkststaat“, „Proletarier“ u. im Vereinslokal aufgelegt. Obwohl man hier gegen das zöfische Bürgerthum und gegen die Denkschriften eines großen Theiles der Arbeiter zu kämpfen hat, so wird doch lang- sam und sicher fortgearbeitet. Als Kuriosum möge noch erwähnt sein, daß unlangst ein „intelligent“ sein vollender Arbeiter meinte: „Wenn ich zum Arbeiter-Verein gehe, schaut mich kein Hund mehr an.“ Nun wer weiß, ob ein solches Individuum von einem Hund angegaut wird, auch wenn es nicht beim Arbeiter-Verein ist. Die Hunde bellen ja bekanntlich den Mond an, warum nicht auch hier und da einen Ochsen, wenn selber ein Weich vor dem Kopfe hat? Wollen wir wünschen, daß trotz Gegenagitation der hiesige Arbeiter- Verein sich recht bald an das große Ganze anschließt und als „sozial- demokratischer“ Arbeiter-Verein entpuppt.

Reibersdorf. Man schickt uns folgende Probe aus der „Ober- lausitzer Volkszeitung“ (Redakteur: Frommer). Unre Leser werden sich gewiß über die köstliche, wenn auch augenscheinlich zum Theil un- freiwillige Verpottung des Reichstags amüsiren. Daß Bebel und Schrap von ihrem Absteher nach Paris mit heiler Haut zurückgekehrt sind, wird der Oberlausitzer Berliner seitdem erfahren haben, ob zu seinem Vergnügen oder nicht, das können wir natürlich nicht ent- scheiden.

„Berlin, 30. April. Es läßt sich gar nicht länger leugnen, daß die eble Zeit im neuen deutschen Reichstage traurig vergeudet werde. Einmal sind die bundesrätlichen Vorlagen durchweg veripäet einge- gangen, so daß der Reichstag gewissermaßen in die Nothwendigkeit verfiel, sich so gut wie möglich zu beschäftigen, andererseits zeigt sich im deutschen Reichstage eine viel härtere Dipe zum Einbringen von Anträgen und zur Rednerzeit wie vordem im norddeutschen. Wie schwer auszuhalten wird z. B. neulich die stundenlange Rede Bambergers über eine neue Reichstagsberichterstattung gewesen sein, wofür dann nicht 10 Mitglieder stimmten; wie widerwärtig ist es, in jeder- Sache ohne alle Ausnahme die nüchternen, wohlwollen, öfters geradezu albernem Anmerkungen Windthorst's anzuhören; wie unangenehm, tagtäglich zwei, drei Reden Lasker's anzuhören, dessen Verdienste neben dieser rednerischen Ueberbrennung Jedermann sonst gern anerkennt! Und nun sollten Sie noch die langen Hälse der Neuge- wählten sich anschauen lassen, die ihre Jungferrede anbringen wollen, gleichviel bei welchem Gegenstande, denn der Wahlkreis dabei beginnt unruhig zu werden. Welchen tiefen Ingrimm und Haß diese Herren gegen den Präsidenten fühlen, weil er ihnen nicht den Vorzug vor hervorragenden Rednern des Hauses einräumt, ist schwer zu schildern; sie erklären ihn für ein Ungeheuer von Ungerechtigkeiten, Kameraderie u. Und doch trägt sogar eine Sündfluth ein, liebe Simon diesem Zubränge freies Spiel. Er läßt ja wohl noch Den und Jenen all- zuoft zum Worte, so daß man z. B. die in das jüdisch-christliche näselnde Beredsamkeit Bebel's öfters, als es lieb ist, über sich ergehen lassen muß. Sowohl der Sozialdemokrat Bebel wie der Volkst- republikaner Schrap sind vom Reichstage verschwunden, seit am Freitag das Schändelgesetz zur Berathung gelangt ist, worin es sich in erster Linie um Wohl und Wehe der Arbeiter handelt. Für solche Spezialfrage haben die Herren keinen Sinn, allerdings auch anschein- lich kein Gedächtniß; sie wollen bloß in hohen politischen Fragen mitrathen. Freilich läuft im Reichstage ein dunkles Gerücht herum, Bebel und Schrap wären nach Paris abgereist, um dort die Waffen für ihre Sache zu ergreifen; denn Schrap sei eine Oberkenntel, Bebel ein Majorposten angeboten worden. Wir werden ja bald hören, ob (wider alles Vermuthen) aus ihnen Heiden geworden; seien sie in Paris für ihre Ideen, so würden sie sich ohne Zweifel einen schönen Nachruhm gründen.“

Frankfurt, 8. Mai. Unter den vielen Auswanderern nach Ame- rica befindet sich auch der große Agnator der Schweizerischen Feudal- Sozialisten Herr Joseph Schneider. Nach dem dessen seine Rolle in Deutschland ausgepielt, schüttelt er den Staub von seinen Füßen, am in America dieselbe Rolle weiter zu spielen. Derselbe ist von Ge- schäft Schneider, macht aber seinem Arbeiterkonkurrenz, indem er ar- beidlos ist. Alle Arbeiter Americas warne ich vor ihm, denn er stüßt sich auf die Taschen der Arbeiter, auch besige er ein tüchtiges Pump-Gewie. Gar Manchem bleibt er ein theures Andenken. Ich empfehle Herrn Joseph Schneider allen preussisch-Bismarck-Befannten. Mit sozial-republikanischem Geiße

Theodor Kald, Judengasse 156.

Aus Schwabach in Bayern. Die Aktien des landläufigen „Patrio- tismus“ sinken mit jedem Tage immer mehr, besonders bei denen, die zwar seit Sedan für die Führung des Krieges bis auf's Aeußerste und die Annerion geschrien haben, jetzt aber erfahren, daß ihre Söhne wegen der Annerion noch so und so viele Jahre in Frankreich bleiben müssen. Diese Leute werden jetzt erst nach dem Schaden klug. — Eine recht artige Geschichte von Geschäftsmacherei politischer „Götzen“ erzählt man sich hier: 4 Meilen nördlich von Nürnberg ist eine große Strecke Staatswald. Die durch den Sturm des vergangenen Winters gefällten Bäume sollten nur auf dem Wege der Auktion an die umliegenden Städte und Dörfer verkauft werden. Jedoch hört man aber, daß die bekannte Firma Krämer-Kient in Nürnberg die beste Qualität davon bereits weggekauft hat und zwar zu dem Spot- preise von 12 kr. den Kubikfuß, während man sonst 15 bis 17 zahl.

Anfrage.

In der Beilage zu No. 35 des V. lese ich in einem Referat über eine Volksversammlung zu Chemnitz, von einem Reichstags- Abge- ordneten Adv. Richard Ludwig als Bourgeois-Reaktionär. Ist das vielleicht der aus Regal nammenter rothe Republikaner Richard Ludwig von 1848? Derselbe feurige Kämpfer der bürgerlichen Demokratie in Regau und Umgegend, der damals in mehreren Versammlungen für die „unveräußerlichen Menschenrechte“, und das Recht, daß jedem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit zu Theil werde, überhaupt für alle Prinzipien der Demokratie auf's Eifrigste eintrat? Der am 4. Mai 1849 bei einer Volksversammlung zu Großschütz die rothe Fahne aufpflanzte, und zum Jüngling nach Dresden auforderte, und zwei Tage später ins Exil (nach der Schweiz) wanderte, nachdem er nur durch die Energie der Regauer Arbeiter dem Zuchthaus entgangen war? Und Derselbe, welcher einmals die „Vurgörisch“-Reaktion in so vielen Versammlungen so unheim- licher geißelte, taucht jetzt als großbürgerlich-rückschrittlicher Reichs- tags-Abgeordneter im Wahlbezirk Chemnitz auf?

Wie sich die Zeiten ändern und die Menschen mit ihnen!

Ein ehemaliger Freund Richard Ludwig's.

*) Dieser Lumpocius organisiert bekanntlich die Ständelernen zur Störung des Stuttgarter Kongresses, und veranlaßte später in Frankfurt eine blutige Arbeiterkollaterale — alles im Auftrag und Gels- schweizer's, um die Sozialdemokratie in Mißkredit zu bringen und zu Grunde zu richten. Dieß den amerikanischen Freunden zur Nach- ach- tung. D. R. v. V.

Schluss von Seite 1.

In seiner Rede über die Annexion von Elsass und Lothringen traktierte uns Fürst Bismarck wieder einmal mit einer „Enthüllung“. Er sagte:

„Es ist bekannt (1), daß ich noch am 6. Aug. 1866 in dem Falle gewesen bin, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. (Hört, hört!) Ich bin natürlich nicht eine Sekunde zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete ihm: Gut, dann ist Krieg! Er reiste mit dieser Antwort nach Paris; in Paris besann man sich einige Tage nachher anders, und man gab mir zu verstehen, diese Instruktion sei dem Kaiser Napoleon während einer Krankheit entziffen worden. Die weiteren Versuche in Bezug auf Luxemburg und weitere Fragen sind bekannt. Ich komme darauf nicht zurück. Ich glaube, ich brauche auch nicht zu beweisen, daß Frankreich nicht immer charakterhaft genug war, den Versuchungen, die der Besitz des Elsasses mit sich brachte, zu widerstehen.“

Schon die einleitende Phrase: „es ist bekannt“ klingt sehr sonderbar, denn es handelt sich um einen Skandal, den sowohl Fürst Bismarck als die Regierung Bonapartes sich wohlweislich gehütet haben, „bekannt“ werden zu lassen. Ferner laborirt die „Enthüllung“ an einer auffallenden Ungenauigkeit. Am 6. August 1866 war der Prager Friede noch nicht abgeschlossen; derselbe kam erst 17 Tage später — am 23. August — zu Stande und Fürst Bismarck war am 6. August noch nicht in der Lage, Napoleonische Zumuthungen kategorisch abzulehnen zu können. Hätte er es gethan, so würde Frankreich unzweifelhaft Preußen den Krieg erklärt haben, und zwar unter Bedingungen, die einen für Preußen nachtheiligen Ausgang unzweifelhaft gemacht hätten. Das Datum ist also jedenfalls falsch. Daß im Uebrigen die Angabe wesentlich richtig ist, wollen wir gern glauben. Allein, wir müssen dann fragen: wie war es möglich, daß Bonaparte einem „deutschen“ Staatsmann mit solchen Zumuthungen nahe konnte? Ist anzunehmen, daß er es gethan hätte, wenn ihm nicht bestimmte Versprechungen gemacht waren? Wir stehen hier offenbar wieder vor dem Viarriger Geheimniß. Den Schleier dieses Geheimnisses zu lüften, ist offenbar nicht in Bismarck's Interesse. Bloßer Redseligkeit verdanken wir gewiß nicht eine für den Sprecher selbst so compromittirende Enthüllung. Was aber war der Beweggrund? Bis her hat Bonaparte bekanntlich die Bismarck'schen Enthüllungen nicht mit Gegen-Enthüllungen beantwortet. Das Motiv liegt auf der Hand: er erwartete von Bismarck die Wiederherstellung des Empire. Diese Hoffnung muß er nachgerade verloren haben, er muß zur Einsicht gelangt sein, daß sein Viarriger Gast, wenn auch den guten Willen, doch nicht die Macht besitzt, das französische Kaiserreich zu restauriren. Als die Mainzer „Enthüllung“ vom Stapel gelassen wurde, hatte Fürst Bismarck bereits die Absicht, den Frankfurter Frieden mit der Versailles Regierung abzuschließen: war es etwa der Zweck dieser Enthüllung, den nun bevorstehenden Gegen-Enthüllungen Bonaparte's die Spitze abzubrechen? —

Von der Englischen Presse wird die neueste Enthüllung Bismarck's mit ziemlich unrespektvoller Ironie behandelt. So schreibt die konservativ und sonst Preußenfreundliche „Saturday Review“:

„Es ist nicht zu begreifen, warum der deutsche Kanzler im August 1866 schweigend seinen Landsleuten nicht die ganze Wahrheit kund machte. Es war ihm ersichtlich darum zu thun, einen weiteren Krieg zu vermeiden, und unter den eigenthümlichen Zeitverhältnissen war es gegen die Interessen Preußens, in eine neue Verwicklung hineingebängt zu werden. Allein es ist sicherlich überraschend, daß während des letzten Krieges Europa nicht davon unterrichtet wurde, daß Frankreich Mainz begehrt habe. Als das siegreiche Deutschland Key forderte, verlangte es nur ein Äquivalent für das, was Frankreich von Deutschland erforderte, ehe noch ein Schuß abgefeuert worden war. Es ist seltsam auch, daß der Kaiser im September 1866 daran denken konnte, von einer geringfügigen Gebietsvergrößerung zu reden, da er doch darüber im Klaren sein mußte, daß die preussische Regierung es in ihrer Gewalt hatte, zu enthüllen, daß die wirklich gemachte Forderung so groß war, wie sie nur von Preußen etwa nach einem zweiten Jena hätte eingeräumt werden können. Es ist übrigens unmaßig, die klare und bestimmte Angabe des Fürsten Bismarck in Zweifel zu ziehen, und die Sache wirft ein neues Streiflicht auf das überraschende Ereigniß der Kapitulation bei Sedan, wenn man bedenkt, daß der besiegte und gefangene Kaiser und die Häupter der Sieger allein wußten, wie hohen Platz einst der Ehrgeiz des Ueberwundenen genommen, und wie er dabei über das Ziel hinausgeschossen.“

Bezüglich der unaufhörlichen Klagen der deutschen Soldaten in Frankreich über schlechte Verpflegung u. s. w. ist Bismarck's Leiborgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu dem perfiden Radikalmittel gelangt, in einer offiziellen Notiz aufzufordern, man möge doch die Namen der Beschwerdebrieffschreiber, der Militär-Intendantur bekanntgeben, damit letztere — ihrem eigenen Wunsch gemäß — nach angestellten Recherchen die Abstellung der Uebel herbeiführen könne, was aber nicht möglich sei, wenn die Zeitungen immer nur anonyme Beschwerdebriefe citirten. Hoffentlich wird Niemand, der einen derartigen Brief von Freunden oder Verwandten erhält, in die von der „Norddeutschen“ gestellte Falle gehen, denn Festung auf Jahre hinaus wäre das Schicksal des Unglücklichen, dessen Name die Militärbehörde erfähre. Wir haben erst jüngst den Fall registriert, daß zwei Soldaten, deren im „Dresdener Volksbote“ veröffentlichten Feldpostbriefe von der Polizei erstickert worden waren, verhaftet worden sind, und wir können dem hinzufügen, daß in Magdeburg an 800 militärische Gefangene sitzen, welche sogenannte Disziplinargerichte verurtheilt haben müssen. Daß aber auf jede Beschwerde eines Soldaten, und wenn sie auch dienstlich und vollkommen reglementsmäßig angebracht wird, mit der Sicherheit eines Naturgesetzes ein „Disziplinargericht“ folgt, das weiß jeder, dem ersten Rekrutenstadium entwachsene Soldat.

Die (nationalliberalen) „Chemnitzer Nachrichten“ schreiben: „Auf die von einem Reichstagsabgeordneten im Reichstage eingebrachte Interpellation über die allenthalben laut werdenden Klagen über ungenügende Verpflegung unserer Truppen in Frankreich erklärte bekanntlich ein Regierungsbeamter*) jene Klagen für unbegründet,

*) Der „Regierungsbeamter“ war Niemand anders, als der „große Schwärzer“ Woltke, den in so unheilbarer Strömung zu versehen, für das patriotische Herz des Chemnitzer-Nachrichten-Redacteurs eine so harte Zumuthung war. Professor Niedermann, der in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ den Artikel abdruckt, fühlt sich gedrungen, zu dem Wort „Regierungsbeamter“, das ihm doch für den „großen Mann“, der damit gemeint ist, nicht würdig genug klingt, in Parenthese zu bemerken: „Nicht eigentlich ein solcher war es, sondern Graf Woltke, der nur als Mitglied des Hauses sprach und dabei ausdrücklich erklärte,

da nicht nur jeder Soldat täglich 2/3 Sgr. Zulage, sondern auch ausreichende Rationen an Brot und Fleisch erhalte. Da wir volles Vertrauen in diese Angaben zu setzen haben, so fragt sich, worauf gründer sich dennoch die thatsächliche Klagenarbeit der Lamentation? Wir finden sie, nach der zuverlässigen Angabe eines kürzlich aus Frankreich zurückgekehrten Gelehrten, in Folgendem: Während der Offizier und Beamte täglich 5 Frs. Portionsgelde und 1 Lbr. Feldzulage bekommt, erhält der Soldat täglich 2/3 Sgr. Feldzulage und seine Ration, welche in 1/2 Pfd. frischem Fleisch, 1/2 Pfd. Salzfleisch und 10 Loth Speck besteht. Da nun alle drei Tage gefast wird, so hat der Soldat nur alle drei Tage einmal frisches Fleisch, und weil das Salzfleisch völlig ungenießbar ist, so beschränkt sich seine Mahlzeit in drei Tagen auf nur 1/2 Pfd. Fleisch und den Speck, der theilweise auch den Geruchserden harte Zumuthungen machen soll. Bedenkt man nun ferner, daß viele ältere Mannschaften nach ausgeübter Todesgefahr und den oft furchtbaren Kriegstrapagen jetzt im Frieden von einzelnen Offizieren oft in ganz brutaler herausfordernder Weise sich behandelt sehen, daß sie wie die Rekruten jetzt wieder die Anknüpfungsgründe des Ererzregiments durchmachen müssen und bei den kleinsten „Versehen“ oft angehalten werden, während Kopf und Herz der Heimath angehört und die Sorge um die Erziehung der Familie die Brust beirrt — so läßt sich wohl der Grund der allgemeinen Klage begreifen. Es wird verbürgt, daß ein Soldat, weil er seinen Oberleutnant um Urlaub in die Heimath gebeten, um sein krankes Kind zu besuchen, nachdem kurz vorher die Frau ihm schon gestorben, vier Tage Arrest als Antwort erhalten, lediglich auf die weitere Bemerkung hin, daß er zu den allerältesten Mannschaften gehöre und Jüngere seine Stelle ausfüllen könnten.“

Ein weiteres Dementi an die Adresse des Herrn Generalstabchefs wird in einem „Eingefandt aus Weissenburg im Elsass“ in der „Volkszeitung“ vom 16. Mai gerichtet:

„In Nummer 104 Ihres Blattes lese ich, daß Sr. Excellenz der Herr General Woltke in der Sitzung des Reichstages vom 3. Mai gesagt hat, daß jeder Mann 1/2 Pfd. Fleisch erhält; wenn es einem armen Soldaten gestattet sein dürfte, hierüber auch ein Wort mitzusprechen, so sagt er einzig und allein: Mit diesen Knochen 1/2 Pfd. — Ferner soll jedermann 15 Sgr. einschließlich von Allem taglich erhalten; diese Rechnung scheint mir nicht ganz zu stimmen. Ein oder Refektor.“

„Einen recht widerlichen Eindruck, lesen wir in einer Münchener Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“, machen die noch immer fortwährenden Betteleien für Verwundete, Angehörige von im Feld stehenden Soldaten und für verwüstete und verarmte Gegenden in Elsass-Lothringen. Man hat Frankreich eine Kriegsschuldigung auferlegt, die weit über jene Summen hinausgeht, welche die deutschen Staaten unmittelbar für Kriegszwecke aufgenommen haben. Wie kommt es nun, daß solche Betteleien (ich wiederhole den Ausdruck, denn er ist der allein bezeichnende) auch jetzt noch kein Ende nehmen? Die Regierungen haben den Franzosen gegenüber alle irgend auffindbaren Beschuldigungen in Rechnung gebracht. Sollen nun diese Entschädigungsgelder den wirklich Beschädigten vorenthalten werden und nur in die Staatskassen fließen, vielleicht um bei weiteren Kasernenbauten, Bismarck- und General's-Dotationen und ähnlichen Ausgaben ihre Verwendung zu finden? Jedenfalls ist die Geschäftigkeit Einzelner (worunter nicht selten Beamte) für Zwecke der bezeichneten Art eine sehr unpassende.“

So weit die Korrespondenz. Auch hier in Leipzig, und wohl überall im „Neuen Reich“ wird diese schamlose Bettelei gewerbmäßig betrieben, besonders von nationalliberaler Seite. Wir dünken, unsere Soldaten hätten etwas besseres verdient, als daß man sie, die ihr Leben und ihre Existenz in die Schanze geschlagen, durch ein elendes Almosen zu Lumpen degradirt. Sie haben ein Recht auf Unterstützung, und an Mitleid fehlt's wahrlich nicht. Auch abgesehen von der Kriegsentuschädigung, brauchen die großen Herren nur etwas weniger für sich zu nehmen, und es ist genug da für die Soldaten. Der Staat thue seine Pflicht — und kein Soldat hat zu darben, kein Soldat sich zum Almosenempfänger herabzuwürdigen. Was endlich die Kriegsschäden in Elsass und Lothringen betrifft, so sind zur Abhilfe so ungeheure Summen erforderlich, daß der Gedanke an Privatwohlthätigkeit für jeden vernünftigen Menschen von vornherein ausgeschlossen ist. Also nieder mit dieser „patriotischen“ Bettelei!

Einstweilen thut der Staat nichts für die Soldaten, deren „Siege“ er doch so gut für sich zu verwerten weiß. Man betrachte sich nur folgendes Bild aus der neuen „Kaiserstadt“, das wir im „Dresdener Anzeiger“ (Zwillingsbruder des „Leipziger Tageblatt“) finden: „Trauriges Interesse erregt ein Vorkauf in Berlin, wo sich bekanntlich ein Männer-Asyl für Obdachlose befindet. Dort meldeten sich in einer der vergangenen Nächte auch drei entlassene Kriegssoldaten, darunter ein Unteroffizier in voller Uniform, zur Aufnahme. Nach ihnen stellte in derselben Nacht ein 96 Jahre alter Greis dasselbe dringende Verlangen, das selbstverständlich gewährt wurde.“

Die Willkür der höheren und niederen preussischen Beamten ist zu bekannt, als daß es sich noch verlohnte, fortlaufend alle einzelnen Fälle zu registriren. Ein Fall aber, der augenblicklich besonders deppald Sensation erregt, weil der Urheber — Generalpostdirektor Stephan — für einen in seinem Fach verdienstvollen Mann gehalten wird, verdient darum einiges Interesse, weil die Willkür dieses nichtpolitischen Beamten auf den Grad von Despotismus schließen läßt, welchen sich ein spezifisch politischer erlauben darf. Der „Frankfurter-Zeitung“ wird in dieser Angelegenheit unterm 5. d. geschrieben:

„Stephan ist überaus reizbar gegen Widerspruch. So ist ihm das in Berlin erscheinende Wochenblatt „Die deutsche Post“, welches die Postverwaltung einer unabhängigen Kritik unterwirft und unter den Postbeamten viele Leser und Mitarbeiter zählt, ein Dorn im Auge. Man erzählt von Verwundungen, welche er antich den Mitarbeitern erteilt hat und von den Bestrebungen eines seiner in die Provinz gesandten Posträthe zu dem Zwecke, um die Abonnenten aus postlichen Kreisen zu verschrecken. — Was aber heute im Reichstage erzählt wurde, zeigt allem die Krone an. Es hatten die Hamburger Secretäre eine Petition an den Reichstag aufgesetzt, worin sie diejenige eine über die Vorschläge des Herrn Stephan hinausgehende Gehaltsverbesserung baten. Diese Petition zeigten die lokalen Beamten vor ihrer Abendung ihrem vorgelegten Oberpostdirektor. Der schickte sie sofort an Stephan zur Kenntnisaufnahme. Stephan telegraphirt, daß, wenn nicht bis zum Abend seine Unterchrift zurückgezogen haben würde, Verurteilung zu gewärtigen hätte. Die eingeschickten Beamten gepecheten, nur ein Secretär stand aus seinem Petitionsrecht fest. Am Abend des 2. Mai wird demselben vom Oberpostdirektor mitgeteilt, daß er laut so eben eingetroffener telegraphischer Ordre von Stephan, vom 16. Mai ab verjagt sei und n. g. in

daß diese Angelegenheit dem (sic!) Generalstab direct nicht angehe.“ Als ob es für die hungernden deutschen Soldaten nicht völlig unerleitet wäre, ob Graf Woltke in seiner Eigenschaft als „Chef des Generalstabs“ oder als „Reichstagsmitglied“ sich jenen parlamentarischen Scherz auf Kosten ihres Wagens erlaube hat. Die Zweifelsbedeutung mag ein nationalliberaler Gehirn betriebigen, einen Soldatenmagen befriedigt sie sicherlich nicht. D. R.

Stallpöden, Regierungsbezirk Gumbinnen (an der russischen Grenze!) zu melden habe.“

Obgleich die auf jene Angelegenheiten bezüglichen Aktenstücke seit einer Woche in Händen des Reichstags sind und eine Interpellation darüber in Aussicht steht, hat sich die Regierung — in Anbetracht, daß ihr ein paar ellenlange Lasteraden, selbst wenn sie noch so donnernd losgelassen werden, nicht wehe thun — doch nicht veranlaßt gefunden, die Maßregel ihres Generalpostdirectors irgendwie zu modifiziren. — Für uns hat diese Stephansgeschichte noch ein ganz anderes Interesse. Wenn die Regierung dem Postchef nicht einmal eine Krüge erteilt wegen einer Ungefehltheit, die ihr so gut wie gar nichts einbringt, hat sie dann nicht ein Anrecht auf Gegenleistung seitens des Postchefs? Und daß diese Gegenleistung gewährt wird, das ist nicht zu bezweifeln. Das schwarze Kabinet besteht noch.

Telegraphische Depesche.

Fürth, den 16. Mai. Die Schuhmacher Fürth's stellen am Mittwoch den 17. Mai die Arbeit ein; Hülfe dringend notwendig. Zugunach hier abhalten. Hübner.

Alexanderstraße 19.

Berlin. Der Schuhmacherstreik ist beendet; die Forderungen sind zum großen Theil bewilligt worden.

Für den allgemeinen Webertag in Glauchau.

Alle Parteigenossen und Freunde der Arbeitssache, sowie alle Zeitungen, welchen unsere Aufrufe zum allgemeinen Webertag zu Händen gekommen sind, werden gebeten, für die größtmögliche Verbreitung Sorge zu tragen und nicht nur die Aufrufe den verschiedenen Korporationen, die ihnen am nächsten stehen, zukommen zu lassen, sondern auch dahin zu wirken, daß die betreffenden Korporationen sich bei dem Webertag vertreten lassen.

Gleichzeitig machen wir bekannt, daß für ein möglichst billiges Unterkommen der Delegirten Sorge getragen wird, und bitten wir auch dieser Bekanntmachung die möglichste Verbreitung zu geben.

Im Auftrage des Komitees für den Webertag Glauchau und Meerane.

G. S. Binder. Arbin Paul.

Mainz 16. Mai. Parteigenossen! Gestern Morgen 8 Uhr haben wir einen unserer besten Agitatoren begraben.

Es war unser Koch, einer von den Septem-ber-Ausgewiesenen. An seinem Grabe weint eine Wittve nebst 6 Kindern, wovon das älteste kaum 8 Jahre und das jüngste erst einige Wochen alt ist.

Parteigenossen! Unser Freund Koch lag 9 Wochen an den Blättern im Spital, bis er durch den Tod von seinen Schmerzen am Sonntag erlöst wurde. Friede seiner Asche!

„Parteigenossen! Beschäftigt meine Frau und meine Kinder nicht!“ Das waren seine letzten Worte. Die Mainzer Mitglieder haben bis jetzt in den 9 Wochen gethan, was sie konnten und appelliren deshalb an alle Parteigenossen außerhalb Mainz, in ihren Kreisen ein Scherflein für die Wittve Koch zu sammeln; geduldet der Wittve und Waisen! Gelder sind zu senden an: Schneider Joseph Leysender in Mainz, Stadthausstraße.

Die Mainzer Parteigenossen.

Im Auftrage: J. M. Hirsch.

Briefkasten.

der Redaktion. H. F. in B. 1 Lbr. 6 Rgr. der Expedition übergeben. In nächster Nummer. — X. Soldatenbriefe sind stets willkommen. — R. F. Meerane. 1 Lbr. für die „Volksstaat-Kassendank erhalten und derselben überwiesen. — X. in K.: 37 der „Der Vogt“ glücklich angekommen!

der Expedition: A. F. in P. 2 Lbr. für den „Volksstaat“ erhalten. S. in B. 3a! Hat für uns bei den Wahlen agitiert. G. W. in St. 25 Gr. erhalten. W. 2. Köpfig: 20 Gr. für Annoncen d. Sch. erhalten. H. S. in B. 10 Gr. erhalten, wird schwerlich zu beschaffen sein.

Einladung.

Ueberzeugt von der Nothwendigkeit einer künftigen und fortwährenden Agitation in Thüringen, glauben die hiesigen Parteimitglieder, im Einvernehmen mit Parteigenossen anderer Orte Thüringens, daß auf einer Landesversammlung für Thüringen diese wichtige Frage am sichersten ihre Lösung finden werde. Sie laden deshalb für Pfingsten die Parteigenossen in Thüringen, sowie überhaupt Gesinnungsgenossen zu einer

Landesversammlung nach Weimar.

ein. Die Verhandlungen sollen im

Gasthof zum Schwan

Sonntag den 28. Mai — 1. Pfingstfeiertag Abend 6 Uhr und Montag den 29. Mai — 2. Pfingstfeiertag von früh 10 Uhr an stattfinden.

Tagesordnung: 1. Agitation in Thüringen. Bildung eines Agitations-Komitees. 2. Wahl von Delegirten zum Part.-kongress. 3. Die Preis- und Vereingesehung. Anmeldungen und Bescheide sind an Unterzeichneten zu richten. Für Quartiere wird nach Kräften gesorgt werden. Sonntag den 28. Mai von Mittag 12 Uhr an Empfang der eintreffenden Parteigenossen im Gasthaus zum Schwan. Weimar im Mai 1871. G. Kettel jun. im Auftrage.

Für Köln.

Sonntag den 21. Mai, öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, bei Hrn. Wisdorf, Lyndolddgasse Nr. 102. Morgens halb 11 Uhr.

Tagesordnung: Die sozialen Bewegungen des Arbeiterhandes im Verhältniß zum Zeitgeist, so wie Beschlußnahme über einen abzuhaltenden Arbeitertag.

Auch werden die Parteigenossen auf folgende Wirklokalen aufmerksam gemacht: Hr. Wisdorf Lyndolddgasse Nr. 102, Hr. Weinreich Lyndolddgasse Nr. 100 und Hr. Schürte großer Viechenmarkt Nr. 2b, indem dort der „Volksstaat“ ausliegt. Um recht zahlreichen Besuch obiger Versammlung bitte dringend. Im Auftrage. D. Falt.

Für Mainz.

Alle Samstage findet Mitgliederversammlung Abends 8 Uhr in der Alten Krone statt.

Sonntag, den 21. Mai, Abends 7 Uhr, findet im Saale des Herrn Burtchel zum Besten der Wittve Koch eine humoristisch-musikalische Abendunterhaltung statt.

Für Chemnitz.

Allgemeine Versammlung

der Weber, Tuch-, Salslein und Zeugmacher, Wirter und Posamentiere, Spinnererei, Apparatur- und Färbereiarbeiter, Garb- und Waarenarbeiter und Altkommodeure sowie Fachverwandter und Hilfsarbeiter jeglicher Stellung.

Sonnabend d. 20. Mai d. J. Abends 8 Uhr in Stadt London in Chemnitz. Tagesordnung: Gründung von Gewerkschaften.

Im Auftrage des Komitees. D. Wendler.

Für Rochlitz.

Volksversammlung! Sonntag, den 21. Mai, Nachm. 4 Uhr, im Gasthof zu Breddein bei Weischburg. Alle Vereine der Umgegend werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Tagesordnung: 1) Der Normalarbeitstag (10stündige Arbeitszeit pro Tag); 2) die Arbeiterbewegung.

Referenten: Waldheimer und Chemnitzer Parteigenossen.

Im Verlage der Expedition ist soden erschienen:

Das sächsische Disidentengeich.

Separatabdruck aus dem „Volksstaat“, 4 S. Pf.

Die Religion der Sozial-Demokratie, von J. Dieggen, 4 S. Pf.

Leipzig: Germania-Redaktion A. Depner (Redaktion: Petersstraße 13). Druck u. Verlag: F. Thielsch. (Expedition: Petersstr. 19).